**Pressegespräch Flüchtlingsunterbringung in Köln**

**„Flüchtlinge in Köln menschenwürdig unterbringen“:**

**Evangelische und katholische Kirche in Köln beziehen Stellung zur aktuellen Flüchtlingssituation.**

Millionen Menschen sind weltweit aus Kriegs- und Krisengebieten auf der Flucht. In Köln leben zurzeit über 4.000 Menschen in städtischen Flüchtlingsunterkünften. Viele von ihnen müssen derzeit unter mangelhaften Verhältnissen leben, weil Unterkünfte fehlen, die den anerkannten sozialen Standards entsprechen.

Die Katholische und die Evangelische Kirche in Köln halten diese Entwicklung für nicht hinnehmbar. Sie fordern verstärkte Anstrengungen der gesamten Stadtgesellschaft, um Flüchtlinge in Köln menschenwürdig unterzubringen.

1. **Grundsätzlich** gilt: Flucht als Folge von Gewalt findet in einem Zwangskontext statt. Weder verlassen Flüchtlinge freiwillig ihre Heimat, noch kann die Aufnahmegesellschaft die Einwanderung von Flüchtlingen in erheblichem Umfang steuern. Die Bedingungen, unter denen Flüchtlinge aufgenommen werden, spiegeln ihre Wertschätzung durch die Gesellschaft. Dieser erste Eindruck der Flüchtlinge in Deutschland in Hinblick auf ihre Wertschätzung bestimmt auch ihre Motivation, sich in die Gesellschaft einzubringen. Eine praktizierte Willkommenskultur ist daher notwendig, um gegenseitiges Verständnis zu ermöglichen. Bei Moses im Alten Testament heißt es: „Einerlei Gesetz, einerlei Recht soll gelten für euch und für den Fremdling, der bei euch wohnt.“ (4. Mose 15, 16). Orientiert an diesem biblischen Verständnis darf es für Flüchtlinge keine gesonderten Formen der sozialen Versorgung und des Wohnens mit abgesenkten Standards geben. (Positionspapier der Diakonie Deutschland)
2. **Kritik an der Unterbringungssituation** in Köln:

Besonders in den letzten Monaten hat sich die Situation der Flüchtlingsunterbringung in der Stadt sehr problematisch entwickelt. Alleine in diesem Jahr sind für 1000 Menschen neue Unterkünfte entstanden – die meisten davon als Notunterkünfte mit schwierigen Bedingungen:

Die Notaufnahme in der **Herkulesstraße** ist mit rund 700 Personen zur Massenunterkunft geworden. Menschen leben hier ohne abgeschlossenen Wohnraum mit gemeinsamen Sanitäreinrichtungen und Gemeinschaftsverpflegung; z.T. in Containern. Eine solche Unterbringung wäre allenfalls für einige Tage oder wenige Wochen akzeptabel. Tatsächlich müssen hier aber Menschen auch für deutlich längere Zeit leben.

An drei Standorten im Kölner Norden werden jetzt **Containerunterkünfte** ohne abgeschlossene Wohneinheiten errichtet. Auch hier gibt es nur gemeinschaftliche Sanitäreinrichtungen und Kochgelegenheiten, die außerhalb der Unterkunftscontainer untergebracht sind. Auch das Leben in solchen Containerlagern ist nicht auf längere Dauer zumutbar. Besonders für Familien mit Kindern und Jugendlichen ist die Situation nach den Erfahrungen von Flucht und oft auch Traumatisierung schwer belastend.

Ähnliches gilt für viele der rund 1000 Flüchtlinge, die in sog. **Hotelunterkünften** leben. Auch hier sind die Wohneinheiten häufig nicht für eine Familie oder Einzelperson abgeschlossen. Oft gibt es wenig Möglichkeit, Privatsphäre aufzubauen und den eigenen Lebensraum wohnungsähnlich zu gestalten. Abgesehen von der Qualität ist die Hotelunterbringung die für die Kommune teuerste Variante der Wohnraumversorgung.

Die **Leitlinien zur Flüchtlingsunterbringung**, die der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen erarbeitet und der Rat der Stadt Köln verabschiedet hat, werden bei dieser Art der Notunterbringung in vieler Hinsicht missachtet. An vielen Standorten leben weit mehr als die vereinbarten 80 Personen in einer Unterkunft. Das bringt größeres Konfliktpotential sowohl innerhalb der Unterkunft wie auch zu der benachbarten Bevölkerung mit sich.

Jetzt soll sogar ein leerstehender **Baumarkt in Porz** als Notunterkunft genutzt werden. Hier werden voraussichtlich Flüchtlinge, darunter auch Familien, in einem Großraum mit Betonboden, ohne natürliche Beleuchtung, ohne ausreichende optische und akustische Privatsphäre leben müssen. Sanitäreinrichtungen sollen auf dem Parkplatz in Containern untergebracht werden. Diese geplante Notmaßnahme unterschreitet alle Qualitätsstandards und ist den betroffenen Menschen nicht zuzumuten.

1. **Kritik an der sozialen Versorgung**: Neben der Unterbringung ist auch die weitere soziale Versorgung der Flüchtlinge angesichts der gestiegenen Zahlen problematisch:

Viele Kinder und Jugendliche warten monatelang auf einen **Schulplatz**; dabei müssten sie so schnell wie möglich in den Schulunterricht kommen. Lange Zeiten ohne Schule verhindern die Integration der Flüchtlingskinder.

Ebenso fehlen **Kindergartenplätze** für die Kinder der Flüchtlingsfamilien.

Und in den **Beratungsstellen** fehlt Zeit und Kapazität; die Beratungsmöglichkeiten sind nicht den steigenden Flüchtlingszahlen angepasst worden.

1. Die Kirchen sehen die **großen Anstrengungen der Verwaltung**, die Probleme zu bewältigen.

Verschärfend ist hinzugekommen, dass die aktuelle Entwicklung die Prognose für dieses Jahr bei weitem übertrifft: mit 1000 neu hinzugekommenen Flüchtlingen liegen wir in Köln schon im Oktober weit über der geschätzten Zahl für das gesamte Jahr 2014.

Die vom Oberbürgermeister einberufene Taskforce hat viele kurzfristig verwertbare Grundstücke für Unterkünfte entwickelt. Am Runden Tisch für Flüchtlingsfragen arbeiten Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Parteien und Verwaltung eng zusammen. Dabei gibt es auch in der derzeitigen angespannten Situation **positive Ergebnisse**:

* den Aufbau eines **Auszugsmanagements**, das Flüchtlingen hilft, in normalen Wohnungen unterzukommen – dadurch konnten in den vergangenen Jahren viele Plätze in Flüchtlingsunterkünften frei werden;
* die Planung von **Unterkünften in Systembauweise**; so können an vielen Standorten kurzfristig Häuser mit abgeschlossenen Wohneinheiten geschaffen werden, die den Leitlinien entsprechen;
* die **Betreuung** der einzelnen Unterkünfte durch Sozialarbeiter wurde durch die Verwaltung und den Stadtrat sichergestellt, sodass die Flüchtlinge kompetente Ansprechpartner in den Unterkünften haben;
* die **Information der Bevölkerung** in den Stadtteilen, wo neue Unterkünfte entstehen, wurde von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch mit großem Aufwand in vielen Einzelveranstaltungen geleistet;
* in vielen Stadtteilen entstehen im Umfeld der Unterkünfte **Willkommensinitiativen** aus der Bevölkerung, aus Kirchengemeinden und Vereinen, die sich untereinander vernetzen und die Flüchtlingen in Köln ihre Hilfe anbieten. Es gibt in Köln eine große Bereitschaft in der Bevölkerung, Flüchtlinge aufzunehmen und zu unterstützen.
1. Trotz dieser guten, z.T. vorbildlichen Ansätze ist die Situation der Flüchtlingsunterbringung in Köln an einen **kritischen Punkt** geraten. Seit Jahren schaffen Politik und Verwaltung nur kurzfristige Reaktionen auf die steigenden Flüchtlingszahlen. Es fehlt an einem langfristigen **Konzept**, wie in den kommenden Jahren die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge in Köln gemäß den Leitlinien wieder hergestellt werden soll. Für ein solches Konzept reichen die Anstrengungen der Taskforce und der Verwaltung nicht aus. Sie sind vollauf damit beschäftigt, den aktuellen Notstand zu bearbeiten.
2. Um die Menschen, die in prekären Unterkünften leben, so schnell wie möglich in angemessene Wohnungen zu bringen, müssen jetzt **große Anstrengungen** unternommen werden. Parallel zu der Unterbringung der Flüchtlinge, die in den nächsten Monaten und Jahren hinzukommen, muss Wohnraum geschaffen werden für diejenigen, die zur Zeit in den Notunterkünften und Einfachcontainern sowie in Hotelunterkünften leben. Das bedeutet, dass in den kommenden Monaten und Jahren für tausende Menschen Wohnraum entstehen muss, der zurzeit noch nicht vorhanden ist: **angemessene** **Erstaufnahmen für Flüchtlinge, Flüchtlingswohnungen und dauerhafter Wohnraum auf dem normalen Wohnungsmarkt**. Die Politik muss daher die Verwaltung beauftragen, für rd. 25 bis 30 neue Flüchtlings-Wohnanlagen in Systembauweise Grundstücke zu suchen und zur Verfügung zu stellen. Die Planung dieser Grundstücke ist vorzubereiten, entsprechende Produktionsfenster müssen reserviert werden.
3. Für diese große Aufgabe braucht es gemeinsame Anstrengungen der ganzen Stadtgesellschaft. Wir appellieren an alle Menschen guten Willens, dabei nach Kräften mitzuwirken. Insbesondere sehen wir für notwendig an:

Die **Verwaltung** muss dazu ausgestattet werden, dass sie zusätzlich zur aktuellen Krisenbewältigung mittel- und langfristige Konzepte und Möglichkeiten entwickelt, zusätzlichen Wohnraum in der ohnehin angespannten Wohnungsmarktsituation Kölns zu entwickeln;

**Hausbesitzer, Wohnungsbaugesellschaften, Investoren und Privatvermieter** sind aufgerufen, nach ihren Kräften zusätzlichen Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen und bereitzustellen;

**Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbände und andere kirchliche und soziale Träger** sind gefragt, mitzudenken an neuen Konzepten für die dauerhafte Integration der Flüchtlinge in unsere Stadt. Wir brauchen Grundstücke und Wohnraum, und wir brauchen aktuell Ideen und Initiativen, um die Flüchtlinge in den problematischen Unterkünften nicht alleine zu lassen. Darum bitten wir die Kirchengemeinden, bei den Willkommensinitiativen und Unterstützungsgruppen mitzuwirken. Die Kindergartenträger bitten wir, Flüchtlingskinder in ihren Gruppen aufzunehmen, wenn möglich zusätzliche Plätze zu schaffen.

1. **Was tun die Kirchen?** Auf vielfältige Weise sind Kirchengemeinden, Caritas und Diakonie für Flüchtlinge tätig (siehe Auflistung). Die Katholische Kirche entwickelt derzeit im ehemaligen **Klarissinnenkloster** in Kalk Flüchtlingswohnungen. Die Evangelische Kirche will das ehemalige Diakoniegebäude in der **Brandenburger Straße** zu diesem Zweck umbauen. Dies wird zurzeit überprüft. Die Caritas bietet der Stadt Köln aktuell ein zusätzliches Grundstück in Köln Kalk an. Beides sind erste Projekte. Wir rufen unsere Gemeinden, Einrichtungen und Wohnungsgesellschaften auf, weitere Ideen zu entwickeln, wie menschenwürdige Wohnungen für Flüchtlinge geschaffen werden können.
2. **Die Kommunen** tragen zurzeit die finanzielle Hauptlast der Flüchtlingsversorgung. Die Kirchen und Wohlfahrtsverbände fordern daher die Landes- und Bundespolitik auf, Städte und Kommunen finanziell deutlich stärker bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Unterstützung und Integration von Flüchtlingen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.